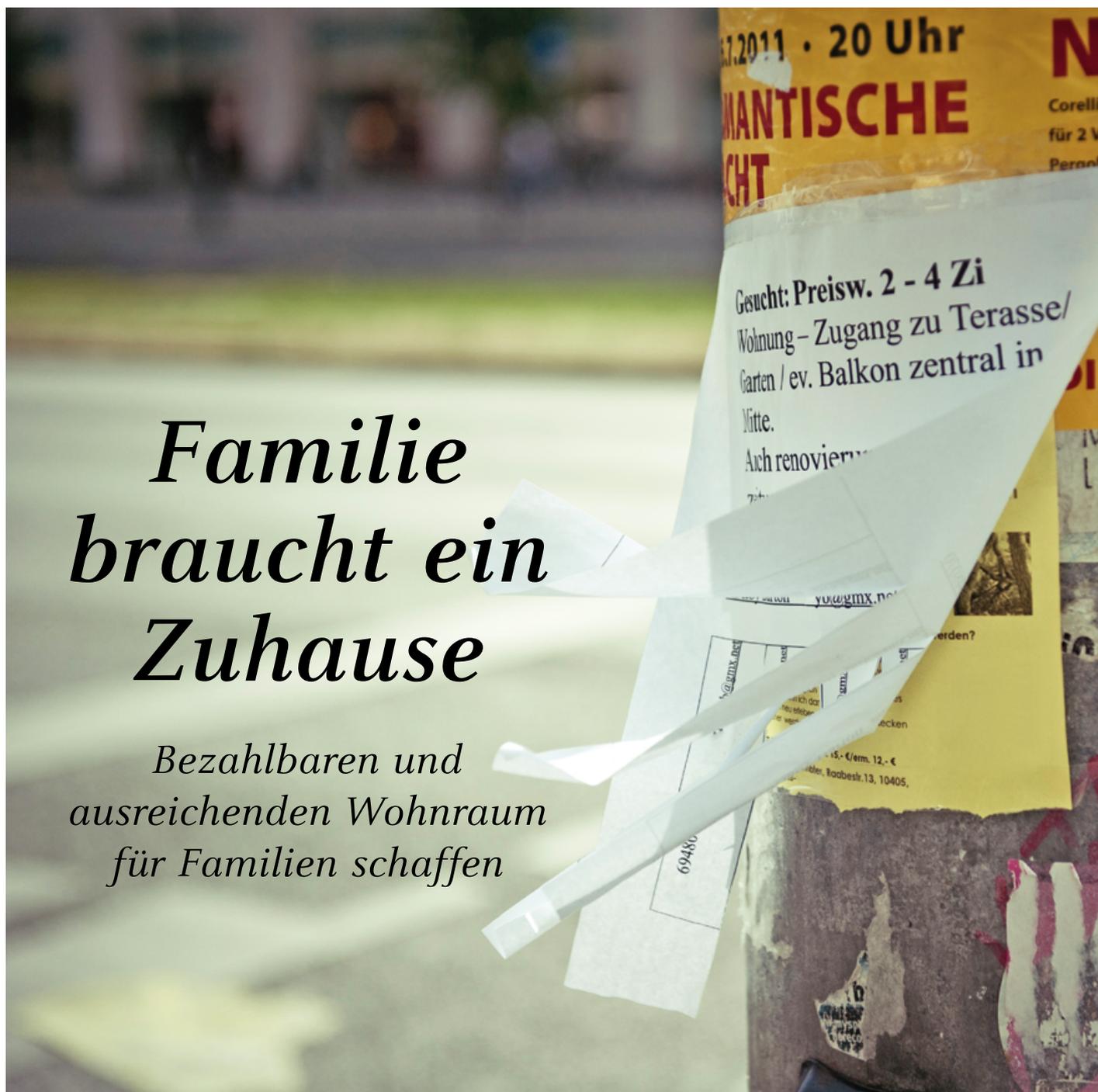




# vielfalt familie

Zeitschrift des Zukunftsforum Familie (ZFF)

Ausgabe 29 | Mai 2019



## *Familie braucht ein Zuhause*

*Bezahlbaren und  
ausreichenden Wohnraum  
für Familien schaffen*

*Thema: Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen // Interview mit Dr. Patrick Schreiner (ver.di) // Aus dem ZFF: Positionspapier und Jubiläen // Unsere Mitglieder: AWO-Landesverband Berlin // Buch-Tipp: Mieten Wahnsinn. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert*



© Kai Diering

Liebe Leser\*innen,

Familien brauchen ein gutes Zuhause! Doch dieses Zuhause wird zunehmend zu einer Herausforderung: In Städten wird der Wohnraum knapper und teurer. Auf dem Land sind oftmals schlechte Mobilität und Versorgung der Preis für eine bezahlbare Wohnsituation. In diesem Jahr rückt daher das Thema „Wohnen und Familie“ in das Zentrum unserer Aktivitäten und ist Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe der „vielfalt familie“. Wir werfen die Frage auf, woher die derzeitigen Missstände auf dem Wohnungsmarkt kommen und was gebraucht wird, um Familien ein gutes und sicheres Wohnen möglich zu machen. Auf unserer Fachtagung im Sommer in Kooperation mit der FES wollen wir dieses Thema mit Mitgliedern, Politik und Expert\*innen diskutieren und eine Studie zur Veränderung der Wohnkostenbelastung von Familien vorstellen.

Im Jubiläumsjahr der AWO lassen uns natürlich auch viele weitere Themen nicht los: Der Einsatz für eine sozial gerechte Familienförderung, in Form einer Kindergrundsicherung, die partnerschaftliche Familienorganisation, die Familienbildung und die Forderung nach Aufhebung des § 219a StGB. Als starker Verband mit mittlerweile 73 Mitgliedern und seit Dezember mit Britta Altenkamp, MdL in NRW, im Vorstand, mischen wir mit für ein gutes und gerechtes Familienleben!

Ich wünsche Ihnen/Euch eine gute und nachdenkliche Lektüre!

Ihre/Eure

Christiane Reckmann, Vorsitzende ZFF

# Familie braucht ein Zuhause

## Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen

*Wohnen ist für alle Menschen ein zentrales Grundbedürfnis. Wohnraum muss in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und individuellen Bedürfnissen entsprechen. Dies gilt insbesondere für Familien und damit überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.*

Familien brauchen guten Wohnraum bei leistbaren Wohnkosten und ein passendes Wohnumfeld mit Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur. In den vergangenen Jahren hat sich gutes Wohnen jedoch zu einem Luxusgut entwickelt. Gerade in den wachsenden Städten und in stadtnahen ländlichen Gebieten, wo die Jobs und die Kitas sind und eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zumindest theoretisch möglich erscheint, wird Wohnraum immer knapper und teurer. Werden Wohnkosten für das Familienbudget aber zur Belastung oder reicht die Qualität des Wohnraums nicht, droht das System Familie zu zerbrechen.

Wohnen bzw. Wohnraumversorgung ist damit neben den Faktoren Geld, Zeit und Infrastruktur ein weiterer komplexer Bereich familienpolitischer Daseinsvorsorge in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.



© Mr. Nico / photomane.de

### Entwicklung von Wohnen unter Marktstrukturen

Deutschland ist ein traditionelles „Mieterland“ und weist mit ca. 50 % eine in Europa sehr geringe Wohneigentumsquote auf (Pestel Institut 2016). Lange Zeit gab es in Deutschland eine mieterfreundliche Wohnsituation, geprägt von staatlichen Anreizen zum sozialen Wohnungsbau, vielen staatsnahen Wohnungsgesellschaften und einem gegen Kündigungen und Kostenexplosionen schützenden Mietrecht. Wohnen war für Mieter\*innen attraktiv und sicher.

Heute sieht das anders aus. Wanderungsbewegungen in bzw. zwischen Wohngebieten und Gemeinden, zwischen Städten, Speckgürteln und ländlichen Räumen – verursacht z.B. durch wirtschaftliche Standortveränderungen, gestiegene Mobilitätsanforderungen, Kinderbetreuungsangebote oder die Attraktivität von Hochschulen – führen zu sozialer Segregation und einem Kampf um verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum.

Parallel hat sich der Staat auf den unterschiedlichen Politikfeldern faktisch von seiner gesellschaftspolitischen Aufgabe zurückgezogen und Wohnen weitgehend dem Markt überlassen. Staatsnahe Wohnungsgesellschaften wurden privatisiert und Mieterschutzrechte teilweise eingeschränkt. Heute bestimmen vielfach national und international agierende Großkonzerne den Wohnungssektor – und hier zählen nur Verwertung und Profite. In der Folge wird entweder Bausubstanz vernachlässigt oder Wohnraum steht ehemaligen Nutzer\*innen nach Umwandlung in Eigentum oder nach Luxusrenovierung nicht mehr zur Verfügung. Darüber hinaus werden Neubauten

– begünstigt durch das Niedrigzinsniveau – häufig ohne Zweckbindungen durch staatliche Programme frei finanziert und entsprechend „vermarktet“.

Angesicht dieser Entwicklungen stellt sich für Familien mit mittleren oder niedrigen Einkommen ein Umzug z.B. aufgrund einer Veränderung im Familienleben als riesige Herausforderung dar. Vielfach besteht berechtigte Angst, selbst die aktuelle Wohnung nicht halten zu können bzw. daraus verdrängt zu werden. Damit droht der Verlust der sozialen Anbindung im Quartier und des vertrauten Lebensraums. Kommen weitere Belastungsfaktoren wie Arbeitslosigkeit, Überschuldung, psychische oder physische Erkrankungen oder Trennung hinzu, so kann für Familien ein Teufelskreislauf beginnen: 2016 waren geschätzte 420.000 Personen, darunter auch 32.000 Kinder und Jugendliche, von Wohnungslosigkeit betroffen. Hinzu kommt die Gruppe anerkannter Geflüchteter ohne eigenen Wohnraum, die auf 440.000 Personen geschätzt wird (BAGFW Wohnungslosenhilfe 2017). Wohnen ist zu einer brisanten sozialen Frage geworden.

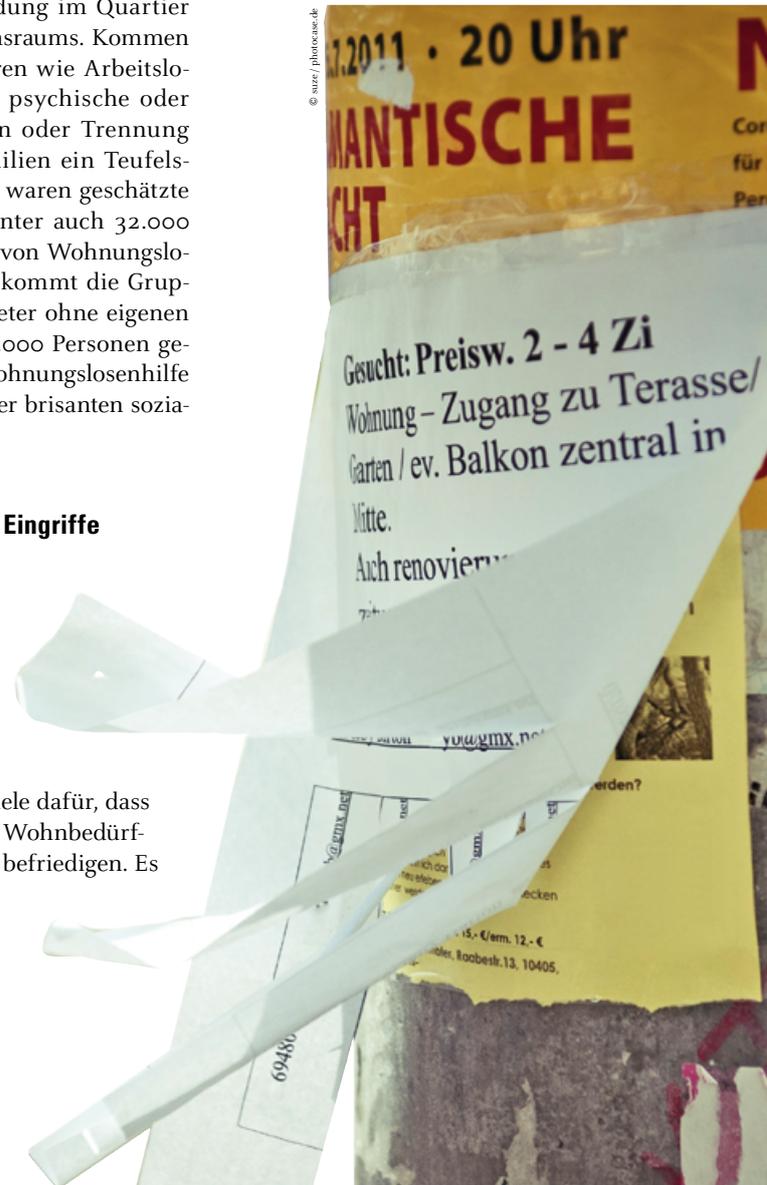
### Hilflosigkeit staatlicher Eingriffe

Lange Schlangen von Bewerber\*innen vor unzumutbaren und überpreuerten Behausungen, anderenorts Leerstände sowie Verwahrlosung von Wohnbestand sind Beispiele dafür, dass der Markt ungeeignet ist, Wohnbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Es fehlen über 2 Millionen

bezahlbare Wohnungen in Ballungsräumen (Hans Böckler Stiftung 2018). Deshalb muss sich der Staat mit Angeboten, Vorgaben und Schutzmaßnahmen wieder stärker für die Menschen und gutes Wohnen einsetzen.

Mit der Einführung der Mietpreisbremse, sozialer Wohnraumförderung und Anreizen zum Neubau wird zwar versucht, den Markt zu steuern und mehr bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, die Wirkung ist nach Einschätzung vieler Expert\*innen aber begrenzt: Die Mietpreisbremse bietet zu viele Schlupflöcher, die Wohnraumförderung hilft nicht gegen soziale Segregation und Neubau erreicht nur wenige Familien, denn selbst Durchschnittsverdiener\*innen können sich diese Mieten nicht leisten (Magazin Panorama 2019). Dazu verschärfen Gesetze und Regelungen die Situation. Die Modernisierungumlage als legitimierte Form der Mieterhöhung trägt, trotz Absen-

© suse / photomane.de



kung von 11 % auf 8 % ab 2019, weiter zu enormen Mieterhöhungen bei. Das eingeführte Baukindergeld hilft zwar Familien mit Eigenkapital den Traum vom Eigenheim zu realisieren, treibt aber gleichzeitig die Immobilienpreise weiter nach oben (DIW 2018).

### Aktiv gegen das Versagen von Markt und Staat

Zunehmend setzen sich gesellschaftliche Akteur\*innen und betroffene Mieter\*innen aktiv gegen Konzerne und das generelle Versagen von Markt und Politik ein. Es werden Forderungspapiere erarbeitet, Bündnisse auf Bundes-, Landesebene und in Stadtteilinitiativen ins Leben gerufen, um auf Bedeutung und Bedarf von bezahlbarem Wohnraum aufmerksam zu machen. Der AWO Bundesverband fordert in

einem umfangreichen Positionspapier, u.a. das Recht auf Wohnen in der Verfassung zu verankern. In NRW ist unter Beteiligung der AWO NRW ein breites Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, DGB und dem Mieterschutzbund entstanden, das sich für den Erhalt von Mieterrechten und mehr sozialen Wohnungsbau einsetzt. In Berlin fordern Volksinitiativen gar systemische Umorientierungen u.a. die Enteignung von Immobilienkonzernen.

### Was ist zu tun?

Wohnen, Wohnraumversorgung und Wohnsicherheit als Rahmenbedingung für Familien in Vielfalt wirft eine Menge Fragen auf:

Wie lässt sich ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Familien in ihrer Vielfalt schaffen? Welche wirkungsvollen poli-

tischen Maßnahmen gibt es und welche Grenzen haben sie? Wie können die Schwächung und die Segregation von Familien durch Wohnungsnot vermieden werden? Wie können staatliche Wohnungspolitik, Stadtplanung und der Gesetzgeber wieder eine Daseinsvorsorge Wohnen gewährleisten?

Auf einer gemeinsamen Fachtagung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES) wollen wir diese Fragen beleuchten, mit Politiker\*innen, Expert\*innen aus Wissenschaft und Verbänden sowie Aktivist\*innen ins Gespräch kommen, Handlungsempfehlungen formulieren und diese anschließend in die öffentliche Debatte einbringen. 

(Dieter Heinrich/Nikola Schopp)



## Interview

# Die Wohnungsfrage ist zurück auf der Tagesordnung

*Im Januar 2019 hat die Gewerkschaft ver.di ein Positionspapier „Gutes Wohnen für alle. Für eine soziale Wohnungspolitik“ veröffentlicht. Ausgehend von einem historischen Rückblick auf wohnungspolitische Instrumente wird die aktuelle Situation auf den Wohnungsmärkten analysiert und Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung ausgesprochen und damit eine wohnungspolitische Kehrtwende gefordert. Wir haben mit Dr. Patrick Schreiner gesprochen, einem der Autor\*innen des Papiers und Gewerkschaftssekretär des Bereichs Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand.*

## Was trägt derzeit zur Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt bei?

In sehr vielen Städten und stadtnahen Räumen haben arme Haushalte, und oft selbst Haushalte mit mittleren Einkommen, Schwierigkeiten eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die wichtigsten Gründe für diese Misere sind politischer Natur: In Niedrigzins-Zeiten suchen Banken, Versicherungen und Fonds nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten. Gerade in Deutschland, dessen Mietniveau im internationalen Vergleich als eher niedrig gilt, versprechen sich die Investoren hohe und sichere Profite. Gebaut wird daher vorwiegend hochpreisig und im Bestand werden die Mieten bis an und über die Grenze des Erlaubten erhöht. Gleichzeitig fallen immer mehr Sozialwohnungen aus der Bindung heraus. Ausgerechnet in dieser Situation fehlen dem Bund, den Ländern und vielen Kommunen die Instrumente, um mit eigenen Wohnungen und Unternehmen gegenzusteuern: Sie haben immense Wohnungsbestände privatisiert, zudem hat man die Gemeinnützigkeit im Wohnungssektor abgeschafft.



© Dr. Patrick Schreiner

## Was macht Wohnen aus Ihrer Sicht zu einer „sozialen Frage“?

Die eben beschriebenen Probleme verschärfen sich durch die wachsende soziale Ungleichheit – und umgekehrt. Einkommensschwache wohnen in der Regel zur Miete, einkommensstärkere Haushalte haben viel häufiger Wohneigentum. Haushalte mit niedrigem Einkommen leben in schlechter ausgestatteten Wohnungen, sind im Wohnumfeld stärker von sozialen Problemen sowie gesundheitlichen Belastungen betroffen, sie wohnen auf kleinerer Fläche und haben eine höhere Mietbelastung. Haushalte, die zur Miete wohnen, sind zu fast 30 Prozent von Armut bedroht, Tendenz steigend – Haushalte mit Wohneigentum hingegen zu weniger als fünf Prozent, Tendenz stagnierend.

## Was sind die besonderen Herausforderungen, denen sich viele Familien auf dem Wohnungsmarkt derzeit gegenüber sehen?

Haushalte mit Kindern oder pflegebedürftigen Personen sind häufiger von Armut betroffen. Hinzu kommt, dass mancher Vermieter nur ungern Kinder in seiner Wohnung haben will. Familien haben es also schon von vornherein schwerer, überhaupt Wohn-

raum zu finden. Gleichzeitig sind sie weniger flexibel als andere Haushalte, denn sie sind weniger mobil und daher auf eine gewisse Nähe zu Kita oder Schule bzw. zur ärztlichen Versorgung angewiesen.

## Was sind aus Sicht von ver.di die richtigen Instrumente, um dieser Entwicklung zu begegnen?

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass „der Markt“ das Problem nicht löst. Wir werden zwar weiterhin private Akteure am Wohnungsmarkt brauchen, denn gerade die vielen Kleinvermieter\*innen sind wichtig, weil für sie oft die Rendite gar nicht so sehr im Vordergrund steht. Wir brauchen aber – neben einer strikteren Regulierung von Mieten und Mietverhältnissen – endlich wieder einen großen öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungssektor, ergänzt um eine bessere öffentliche Kontrolle über Grundstücke. Aber auch die großen Unternehmen des Landes sollten wir wieder stärker in die Verantwortung nehmen – Stichwort Werkwohnungsbau. Der kann gerne gemeinnützig sein, genau wie andere Wohnungsunternehmen und -genossenschaften auch. Diese Wohnungsunternehmen würden dann steuerliche Vorteile erhalten, sich im Gegenzug aber verpflichten, ihre Erträge größtenteils wieder zu reinvestieren und bezahlbare Mieten zu gewährleisten. Den öffentlichen und gemeinnützigen Sektor könnten Bund, Länder und Kommunen etwa bei der Vergabe von Baurecht und dem Verkauf von Grundstücken bevorzugt behandeln. Und das Ganze müssten wir um eine ausreichende soziale Absicherung jener Haushalte ergänzen, die sich trotz allem die verlangten Mieten nicht leisten können, hierzu zählt ein ausreichendes Wohngeld und die angemessene Übernahme der Kosten der Unterkunft im SGB II. 

Das ver.di Positionspapier „Gutes Wohnen für alle. Für eine soziale Wohnungspolitik“ finden Sie unter:

<https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++7178ob30-1fc1-11e9-a67a-525400f67940>

## Aus dem ZFF

# 10 Jahre Bündnis KINDER-GRUNDSICHERUNG

Im April 2009 stellte das Bündnis KINDER-GRUNDSICHERUNG erstmals sein Konzept auf der Bundespressekonferenz vor. Der damalige Zusammenschluss von sieben Verbänden (u.a. das ZFF) und sechs Wissenschaftler\*innen nahm seine Arbeit auf. Seitdem gehen wir mit Politik, gesellschaftlichen Akteur\*innen und der Öffentlichkeit in den Austausch und setzen uns mit viel Leidenschaft und großer Fachkenntnis dafür ein, dass das derzeit bestehende ungerechte System der Familienförderung vom Kopf auf die Füße gestellt und damit für Kinder armutssicher wird.

Im Sommer 2010 erschien eine breit angelegte Studie von Irene Becker und Richard Hauser, in welcher verschiedene Reformoptionen wie eine allgemeine Erhöhung des Kindergeldes, eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlags und als weitreichendes Konzept, die Kindergrundsicherung nach unserem Konzept, untersucht wurden. Die Ergebnisse bestätigten uns in unserem Ein-

satz: Um Kinder und Familienarmut langfristig und zielgenau zu bekämpfen ist die Kindergrundsicherung das richtige Konzept!

Seitdem hat sich viel getan: Mittlerweile sind wir ein großes Bündnis aus 14 Verbänden und 13 Wissenschaftler\*innen. Unser Konzept wird ständig weiterentwickelt und aktualisiert. Es ist in aller Munde, trägt sich durch Landes- und Bundestagswahlprogramme und nimmt, ganz aktuell, einen großen Platz im Sozialstaatspapier der SPD-Bundestagfraktion ein. Gleichzeitig ist unsere Expertise in Form von Vorträgen und in Diskussionsrunden enorm gefragt. Als Initiatoren der ersten Stunde sagen wir: das ist ein Grund ein wenig zu feiern. Die große Party steigt, wenn die Kindergrundsicherung eingeführt wird! 

(Birgit Merkel/Nikola Schopp)

Weitere Infos unter:  
[www.kinderarmut-hat-folgen.de](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de)

## Aus dem ZFF

# Positionspapier Partnerschaftlichkeit

Unter dem Leitbild der partnerschaftlichen Familie wurden in den letzten Jahren neue Impulse in der Familienpolitik gesetzt: Von den Partnermonaten beim Elterngeld bis zur Einführung von ElterngeldPlus sind Instrumente geschaffen worden, die eine gleichmäßigere Verteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit zwischen den Partner\*innen unterstützen. Die Realität zeigt, dass dringend Modelle einer geschlechtergerechten Familienorganisation gebraucht werden: Während Frauen/Mütter immer noch den Löwenanteil der (un-)bezahlten Sorgearbeit übernehmen, gehen Männer/Väter oft einer überlangen Vollzeitarbeit nach. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts weisen etwa auf die ungleiche Beteiligung von Vätern und Müttern auf dem Arbeitsmarkt hin. So gingen 91 % der Väter im Alter zwischen 18 und 64 Jahren 2017 einer Erwerbstätigkeit nach, Mütter nur zu 71 % (destatis 2019).

Für das ZFF geht die Frage der Partnerschaftlichkeit über die herkömmliche Diskussion der „Vereinbarkeit“ von Familien- und Berufsleben hinaus. Partnerschaftlichkeit ist keine Privatsache: Es ist eine politische Frage der individuellen und gesellschaftlichen Identitätsbildung, des sozialen Miteinanders und der nachhaltigen Entwicklung humaner Ressourcen. Im Rahmen eines Positionspapiers wird sich das ZFF ausführlich mit der Partnerschaftlichkeit bzw. mit der Frage der (Um-)verteilung von Sorge zwischen den Geschlechtern im Rahmen einer gleichstellungsorientierten Familienpolitik beschäftigen und darauf aufbauend politische Forderungen formulieren. (Das ZFF-Positionspapier wird voraussichtlich im Sommer 2019 erscheinen). 

(Renate Drewke/Lisa Sommer)

## Aus dem ZFF

# Jubiläumskampagne zum 100-jährigen Bestehen der AWO

Unter dem Motto „Echt AWO. Seit 1919. Erfahrung für die Zukunft“ feiert die AWO in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Im Mittelpunkt des Verbandsjubiläums steht die AWO-Gründerin Marie Juchacz, die am 13.12.1919 den Vorschlag zur Gründung einer sozialdemokratischen Wohlfahrtspflege erfolgreich in den SPD-Parteiausschuss einbrachte.

Im Rahmen der Jubiläumskampagne soll aber nicht nur einen Blick zurück in die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt geworfen, sondern auch über das aktuelle Engagement gesprochen und Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt diskutiert werden – mit Aktivitäten in ganz Deutschland. Alle haupt- und ehrenamtlichen AWO-Menschen sind aufgerufen, sich mit eigenen Veranstaltungen, Texten usw. am Jubiläumsjahr zu beteiligen. Eine Handreichung des AWO-Bundesverbands informiert zu den wichtigsten Bestandteilen der Kampagne und zeigt, wie jede\*r AWO-Engagierte mitmachen kann. Auch das ZFF wird sich mit einem Projekt am AWO-Jubiläumsjahr beteiligen. In Zusammenarbeit mit dem AWO-Bundesverband soll die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt mit Blick auf die Positionierung zur Familien- und Kinder- und Jugendhilfepolitik aufgearbeitet werden. 

(Wolfgang Stadler/Lisa Sommer)

Das AWO-  
Jubiläumsjahr  
2019

Handreichung  
Materialien, Publikationen,  
Webseite, Social Media

Download unter:

[https://www.awo.org/sites/default/files/2018-07/Handreichung\\_100JahreAWO.pdf](https://www.awo.org/sites/default/files/2018-07/Handreichung_100JahreAWO.pdf)

**100**  
Echt AWO. Seit 1919.  
Erfahrung für die Zukunft.

AWO Landesverband Berlin

# Dunkelfeld Wohnungs- losigkeit



„**W**ären sie alle sichtbar, würden wir erschrecken. Es sind ca. 50.000 Menschen allein hier in Berlin betroffen. Ungefähr 30 % davon sind Frauen, häufig mit Kindern. Trotzdem ist den meisten Menschen nur die Spitze des Eisberges, die Obdachlosigkeit, bekannt. Die Zahl der wohnungslosen Menschen übersteigt die Zahl der Obdachlosen jedoch mindestens um das Fünffache.“

Es fühlt sich nicht an wie ihr Beruf, eher wie ein richtiges Herzensthema, wenn Birgit Münchow über Wohnungslosigkeit spricht. Sie ist Fachreferentin für Wohnungslosenhilfe, Frauen und Gleichstellung beim Berliner AWO Landesverband und kämpft seit Jahren dafür das Thema mehr in den gesellschaftlichen und politischen Fokus zu rücken. Gemeinsam mit ihren Mitstreiter\*innen ist sie damit auch erfolgreich. Die Presse nimmt mittlerweile Notiz, der Berliner Senat plant für den Herbst 2019 die bereits dritte Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe und der, für die AWO sehr wichtige, Bereich Frauen und Familien in Wohnungsnot findet zunehmend Berücksichtigung.

Aber der Reihe nach: Um sich dem Thema zu nähern muss man grundlegende Begriffe definieren: Noch viel zu häufig wird fälschlicherweise Wohnungslosigkeit mit Obdachlosigkeit gleichgesetzt. Als wohnungslos werden alle Menschen bezeichnet,

die mietvertraglich keinen abgesicherten Wohnraum haben und vorübergehend bei Freunden, Bekannten, aber auch im System der Wohnungslosenhilfe leben. Obdachlos wiederum sind Menschen, die ohne Obdach sind, und de facto auf der Straße leben. Das sind ungefähr 20 % der wohnungslosen Menschen – also die eingangs erwähnte Spitze des Eisberges. Allerdings werden diese 20 % (in der Mehrzahl Männer) natürlich eher im Stadtbild wahrgenommen. Wohnungslosigkeit hingegen findet meistens im Verborgenen statt. Dadurch entsteht ein großes Dunkelfeld. Eine bislang in Berlin fehlende offizielle Wohnungslosenstatistik trägt hierzu verschärfend bei. Schätzungen zufolge leben in Berlin ungefähr 50.000 wohnungslose Menschen, davon ca. 15.000 Frauen und mindestens genauso viele Kinder. Demgegenüber steht ein Hilfesystem, das der Nachfrage an Unterstützungsleistungen nicht mehr gerecht wird. Insbesondere frauenspezifische Einrichtungen sind in Berlin nicht ausreichend vorhanden. Einrichtungen, die von allen Geschlechtern genutzt werden, sind jedoch für viele Frauen oft keine Option, da viele Frauen (häusliche) Gewalterfahrungen haben. Sie ziehen u.a. deshalb die Unterkunft bei Freund\*innen oder Bekannten vor. Diese private Hilfeleistung kommt aber meist schnell an ihre Grenzen.

Die Gründe für derartige Situationen sind so banal, vielfältig und mitnichten auf eine be-

stimmte Personengruppe begrenzt. Prekäre Arbeitsverhältnisse, niedriges Einkommen, kleine Renten, Arbeitslosigkeit, Schulden, gesundheitliche Probleme, Trennung oder auch (sexualisierte) Gewalterfahrungen können zu sehr weitreichenden Konsequenzen wie Kündigung mit entsprechender (Zwangs-)Räumung und damit Verlust des Wohnraumes führen. Zusätzlich macht der angespannte Berliner Wohnungsmarkt für Menschen mit Mietschulden oder Schufa-einträgen aus der Wohnungssuche ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Die Berliner AWO versucht durch politische Lobbyarbeit präventiv Wohnungslosigkeit zu verhindern oder diese durch fachliche Unterstützungsangebote zu beenden. Sie bietet Beratungsangebote, z.B. im „AWO Kiez Cafe“ und betreibt Einrichtungen wie das „AWO FrauenWohnen“. Dort erhalten Frauen Hilfe bei Wohnungsnot. Eine Not schlafstelle für Frauen, sowie eine Obdachloseneinrichtung für Frauen mit Kindern gehört ebenfalls zum Angebot.

„All diese Aspekte werden selbst im politischen Raum noch immer nicht ausreichend berücksichtigt. Insbesondere an den Schnittstellen zur Jugendhilfe, Gesundheitsversorgung, Frauenpolitik aber auch zur Stadtentwicklung allgemein haben wir noch Einiges zu tun, um das Thema Wohnungslosigkeit zu einem Thema zu machen, das uns alle angeht. Der angestoßene Prozess der Senatsverwaltung Soziales mit der Berliner Strategiekonferenz geht aber auf jeden Fall in die richtige Richtung. Dennoch müssen wir weiterhin einen langen Atem haben“, so das Zwischenfazit von Birgit Münchow zur Situation in Berlin.

Die Berliner AWO wird diesen langen Atem haben und sich dem Thema auch in den nächsten Jahren weiterhin intensiv widmen. 

(Markus Galle)



Bei der AWO in Berlin und ihren korporativen Mitgliedern sind rund 8.100 Mitarbeitende beschäftigt. Sie zählt derzeit ca. 6.000 Mit-

glieder. Als Wohlfahrtsverband ist die AWO in verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit tätig, so beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, der Seniorenarbeit, der Migrationssozialarbeit und der Pflege. Auch das Thema Frauen und Gleichstellung spielt für die Berliner AWO eine wichtige Rolle.



## Der Ausverkauf unserer Städte

Der Mietenwahnsinn greift um sich: Für Mieter\*innen, die gerade nicht über ein außerordentliches Gehalt verfügen und/oder geerbt haben, die Kinder im Gepäck haben und diese ggf. auch alleine erziehen, wird die Suche nach einer angemessenen und bezahlbaren Wohnung, v.a. in Großstädten, zu einer Odyssee. Andere Mieter\*innen hatten gar nicht vor, sich auf den Mietmarkt zu begeben. Sie haben sich in ihrem Quartier wohlfühlt, Kita und Schule, aber auch ein großes Unterstützungsnetzwerk waren vorhanden, aber fristlose Kündigungen oder immense Mieterhöhungen haben sie zum Auszug gezwungen. Auch wenn Wohnen zu den elementaren Grundbedürfnissen gehört, wird der Kampf um bezahlbaren Wohnraum immer härter – Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit.

Aber wie kam es dazu? Warum wird Wohnen immer teurer und wer profitiert davon? Dr. Andrej Holm forscht an der Humboldt Universität zu den Themen Stadterneuerung, Gentrifizierung und Wohnungspolitik und liefert mit diesem Buch eine breit angelegte Ursachenforschung. Er beleuchtet eingehend den Wohnungsmarkt und zeigt hier die Gewinner\*innen und die Hilflosigkeit der Verlierer\*innen auf. Ebenfalls wird den großen Verfechter\*innen der Marktlogik der Zahn gezogen: Wohnungsmärkte sind durch mangelnde Transparenz, eine geringe Anpassungselastizität und die Rolle von persönlichen Präferenzen bei der Vergabe unvollständige Märkte und sozial blind, denn hier zählen nicht Bedürfnisse und

Bedarf, sondern allein die Nachfrage. Ohne die Einmischung des Staates gibt es keine gerechte Verteilung von Wohnraum und auch keinen Bau von preiswerten Wohnungen. Doch genau hier hat sich, so Holms Analyse, der Staat aus dem Staub gemacht, staatliche Wohnungsbauunternehmen ruiniert und die Spekulationen mit Immobilien gestärkt.

Auch wenn die Erzählweise an einigen Stellen von einer gewissen Polemik getragen wird, schärft Holm mit seinem Buch den Verstand, die Sichtweise auf den Ausverkauf unserer Städte und trägt dazu bei, die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt besser zu verstehen.

(Nikola Schopp)



Dr. Andrej Holm  
**Mieten Wahnsinn**  
 Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert  
 Knaur Verlag, 2014, 192 Seiten,  
 ISBN 978-3426786765

## »Familie ist ...

... ein glückliches Gefühl.«

Seit 2018 ist Dr. Franziska Giffey Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Davor war sie fast 16 Jahre im Berliner Bezirk Neukölln tätig, als Europabeauftragte, Bildungsstadträtin und von 2015 bis 2018 als Bezirksbürgermeisterin. Ihre große Nähe zum Alltag von Familien und Kindern stellt sie in dem von ihr geleiteten Ministerium immer wieder unter Beweis und erntet dafür viel Zuspruch: Politik muss für die Menschen greifbar und verständlich sein. Deshalb gibt Giffey ihren Gesetzen einfache Titel. Mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ will sie dazu beitragen, dass es jedes Kind in Deutschland packt, egal, wo seine Wiege, oder die Wiege seiner Eltern stand. Und sie will Familien entlasten. Dafür brachte Giffey zuletzt das „Starke-Familien-Gesetz“ auf den Weg, für mehr Unterstützung für Familien und Alleinerziehende, denn: „Ein starkes Land braucht starke Familien.“

Dr. Franziska Giffey  
 Bundesministerin für  
 Familie, Senioren, Frauen  
 und Jugend



### Impressum:

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e.V.  
 Markgrafenstr. 11, 10969 Berlin  
 Tel.: 030 259272820  
 E-Mail: info@zukunftsforum-familie.de  
 www.zukunftsforum-familie.de  
 facebook/zukunftsforum-familie  
 Ausgabe 29/2019

Redaktion: Dieter Heinrich, Anna Bruder, Janine Örs,  
 Alexander Nöhring, Nikola Schopp, Lisa Sommer

Nähere Informationen zu den Autorinnen und Autoren der Artikel finden Sie auf der ZFF-Homepage.

Endredaktion und V.i.S.d.P.: Nikola Schopp

Gestaltung: büro G29, Aachen

Druck: KOMAG mbH, Berlin

Titelfoto: suze / photocase.de

„vielfalt familie“ erscheint einmal Mal jährlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Der Abdruck und die Vervielfältigung des Inhalts sind nach Absprache und bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt und erwünscht. Die aktuellen Ausgaben stehen unter [www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de) zum kostenlosen Download bereit. Alle Rechte liegen beim Zukunftsforum Familie e.V.



[www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de)

[facebook/zukunftsforum-familie](https://www.facebook.com/zukunftsforum-familie)